

## Entschließungsantrag

der Abgeordneten Matthias Moosdorf, Tino Chrupalla, Petr Bystron, Markus Frohnmaier, Dr. Alexander Gauland, Stefan Keuter, Steffen Kotré, Eugen Schmidt, René Springer, Joachim Wundrak und der Fraktion der AfD

zu der Abgabe einer Regierungserklärung durch den Bundeskanzler zum Europäischen Rat am 27. und 28. Juni 2024 in Brüssel und zum NATO-Gipfeltreffen vom 9. bis 11. Juli in Washington, D.C.

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Am 1. Juli 2024 beginnt die Ratspräsidentschaft Ungarns in der Europäischen Union. Zu den wichtigsten politischen Vorhaben während der ungarischen EU-Ratspräsidentschaft zählen laut dem ungarischen Staatspräsidenten Viktor Orbán neben der „Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft“ sowie „der Lösung des Migrationsproblems“, die „Beendigung des Krieges in der Ukraine“<sup>1</sup>.

Der Krieg zwischen Russland und der Ukraine hat bislang schätzungsweise 400.000 Opfer an Soldaten und Zivilisten gefordert, Militärausgaben im Wert von ca. 500 Milliarden Euro verschlungen; Zerstörungen im Wert von 152 Milliarden Dollar verursacht und über zehn Millionen Menschen in die Flucht getrieben<sup>2</sup>.

Dieser Krieg schadet den europäischen Völkern und Nationen; er belastet ihre Beziehungen zu anderen Staaten in der Welt, er gefährdet ihre Sicherheit und ihren Wohlstand. Er droht, die Welt in einen Abgrund zu stürzen.

Der ungarische Staatspräsident Orbán hat sich in den vergangenen zwei Jahren als ein Mann des Friedens gezeigt, er hat keine Waffen in die Ukraine geliefert und stand finanziellen Hilfen dafür skeptisch gegenüber; er hat sich kürzlich wieder für ein Ende der Kampfhandlungen und einen Waffenstillstand ausgesprochen und die Notwendigkeit einer neuen Sicherheitsarchitektur in Europa betont<sup>3</sup>.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- die ungarische Regierung während ihrer EU-Ratspräsidentschaft bei ihren Bemühungen zwischen Russland und der Ukraine Frieden zu stiften, zu unterstützen;

<sup>1</sup> „Viktor Orbán: „Ich bin zu 101 Prozent von Trump überzeugt“ iu: Berliner Morgenpost vom 23. Juni 2024.

<sup>2</sup> „Zwei Jahre Ukraine-Krieg: Opfer, Kosten und Waffen“ in: zeit-online vom 23. Februar 2024, [www.zeit.de/news/2024-02/23/zwei-jahre-ukraine-krieg-opfer-kosten-und-waffen](http://www.zeit.de/news/2024-02/23/zwei-jahre-ukraine-krieg-opfer-kosten-und-waffen)

<sup>3</sup> Viktor Orbán: „Ich bin zu 101 Prozent von Trump überzeugt“ iu: Berliner Morgenpost vom 23. Juni 2024.

- sich für eine eigenständige europäische Außen- und Sicherheitspolitik einzusetzen, die auf gute Beziehungen zu allen Großmächten gründet und auf Völkerrecht, Entspannungspolitik und Interessenausgleich setzt;
- sich für die Rückbesinnung der NATO auf die Verteidigung ihrer Mitgliedstaaten einzusetzen;
- diplomatische Lösungen unter allen beteiligten Akteuren in der Ukraine zu unterstützen;
- sich gegen die Waffenlieferungen von NATO-Staaten in Krisen- und Kriegsgebiete einzusetzen;
- der ungarischen Regierung zur Kenntnis zu geben, dass Deutschland als Gastgeberland für Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen zur Verfügung steht;
- sich für eine Abschaffung der Atomwaffen, so wie sie der Atomwaffensperrvertrag vorschreibt, international einzusetzen.

Berlin, den 25. Juni 2024

**Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion**

*Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.*